

1. **Patrick Moore**. 61. Mitbegründer von **Greenpeace**, (heute Leiter Greenspirit Strategies): **Nicht alles mit "Atom" ist des Teufels**. Moore will, **dass Deutschland neue KKW baut**. Beim Kauf von neuem Uran müssten die KKW-Betreiber zum Recycling gezwungen werden, wie dies bei Papier und Glas per Gesetz vorgeschrieben ist). "Ich stimme immer noch in vielen Punkten mit Greenpeace überein. Aber wir haben in den 70er- und 80er-Jahren einen **Fehler** gemacht, als wir **Atomkraft mit Atomwaffen vermischt** haben". (Focus Nr.48, 24.11.08 S.14)

2. **Emissionshandel bedeutet neue Milliardenlasten und gefährdet Arbeitsplätze** bei den Kraftwerken und energieintensiven Industrien (die Industrie soll nun nach Berichten im Fernsehen am 12.12. vielleicht "geschützt" werden): Falls die ab 2013 geplante Versteigerung der CO₂ –**Emissionszertifikate** bei der EU beschlossen wird, bedeutet dies für alle Stromkunden mehr als 12 Mrd. € Belastung. Für den **privaten Stromverbraucher** stelle dies eine durchschnittliche **Erhöhung der Stromrechnung um 90 € pro Jahr** dar, so der BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft) (HB ,Börsenztg. 10.12.08)

Die Gewinner dieses Emissionshandels sind Länder wie Frankreich (ca. 80% Atomstromanteil) und Schweden (fast ausschließlich Kernkraft und Wasserkraft). – Frankreich hätte deshalb bis 2020 ca. 20 Mrd. € Einsparungen durch den Emissionshandel, während für **Deutschland Mehrbelastungen von 90 Mrd. € durch den Windkraftbedingten Ausbau der Stromnetze** entstünden. Weiterer Nachteil für Deutschland: Atomausstieg und das Neubauverbot von Kernkraftwerken. (VDI-Nachr. 08.12.08) – siehe auch Kurzinfos 266/6.

3. **Irrglauben vom Jobmotor erneuerbare Energien**: (Prof. Carl Christian von Weizsäcker, bis 2003 Leiter des Energiewirtschaftlichen Institutes der Uni Köln, Welt 09.12.08): Der Staat belastet zur Förderung von Wind- und Solarstrom die Bürger über das **EEG** (Erneuerbare-Energie-Gesetz) mit einer **Steuer, die nicht im Staatshaushalt erscheint**. Das Geld wird mit der Stromrechnung bei den Verbrauchern eingezogen und als Einspeisevergütung an die Betreiber von Windmühlen und Solaranlagen abgeführt. Der Staat nimmt also dem Bürger am Haushalt vorbei Geld ab. "Meiner Meinung nach ist das nicht verfassungsgemäß". "Das Argument: **Erneuerbare Energiequellen schaffen neue Arbeitsplätze halte ich für Unsinn**. Damit könnte man sagen: je ineffizienter eine Technik ist, desto mehr Arbeitsplätze schafft sie. Denn eine ineffiziente Technologie benötigt pro Output-Einheit mehr Arbeitskräfte als eine effiziente Technologie."

4. Windmüller brauchen mehr Stromkabel: An den Nordseeküsten fehlen inzwischen so viele Leitungen, dass bei **gutem Wind Windkraftanlagen abgeschaltet werden müssen**. Konkret geht es um die 110 kV-Leitungen, die als Zubringer zum großen Netz der 380 kV-Leitungen dienen.(taz 09.12.08)

5. Der **Zweifel am Sinn und an der Effektivität von Windkraftanlagen** lässt sich sehr anschaulich an den nackten Zahlen der Presseinfo des BDEW vom 28.10.08 (Bundesverb. der Energie- und Wasserwirtschaft) ablesen: Dazu ist für 2007 die Kraftwerkskapazität der Stromerzeugung in Deutschland gegenübergestellt:

Insgesamt:	143.300 MW	597 Mrd.kWh
Kernenergie	14 %	22%
Braunkohle	14 %	24 %
Steinkohle	19 %	22 %
Erdgas	16 %	12 %
Windkraft (WKA)	16 %	7 %

Zur Erläuterung: Kernenergie und Braunkohle liefern Grundlaststrom, Steinkohle- und Erdgas: Mittellaststrom in Anpassung an den Bedarf. Die schlechte Auslastung der WKA ist wetterbedingt, weil der Wind nicht genug weht. Eine WKA mit einer Leistung von 1 MW könnte theoretisch 8760 Stunden lang, also 8760 MWh Strom im Jahr liefern. Es werden im Binnenland jedoch nur 1.300 bis 1.600 MWh Strom je nach örtlicher Lage erzeugt. **Mit so einer schlechten Anlagenauslastung wie bei den WKA würde ein mittelständischer Betrieb in die Pleite gehen.**

6. Die **Gesamtbelastung durch das EEG** (Erneuerbare Energiegesetz), wurde bereits **2005 mit 110 € pro Bürger und Jahr** abgeschätzt (www.buerger-fuer-technik.de/body_kosten_wind_sonne_2005.html) und beträgt nicht nur 1 € pro Monat, wie die Grünen und Co behaupten.

Nach dem Haushaltsgesetz 2009 – Einzelplan Umwelt vom 25.11.2008 wurde im Bundestag u.a. beschlossen, weitere 600 Millionen Euro für den sog. Klimaschutz bereit zu stellen. Die Belastung durch das EEG beträgt danach **jetzt 260 € pro Bürger und Jahr**. http://www.sturmflug.de/files/brief_153-02-12_haushaltsgesetz_2009-.....pdf

7. **Durch Einkommensteuerermäßigungen** wegen Beteiligung an **Windrädern entgingen dem Staat** laut Fondsexperten Stefan Loipfinger **zwischen 1997 und 2004 1,1 Mrd. €** an Spitzensteuersätzen (Spiegel 29.03.04, S. 80, „Die große Luftnummer“)

8. Umweltminister **Gabriel fordert Beihilfen für den Bau von modernen CO₂ -armen Kohlekraftwerken**. Die rechtlichen Voraussetzungen dazu müssten in Brüssel geschaffen werden. Gabriel schlug vor, dafür staatliche Einnahmen aus der Versteigerung der CO₂ –Emissionszertifikate zu verwenden. (Welt 27.11.08)